B 8NEU Politische Bildung in Schleswig-Holstein stärken

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Anträge

Antragstext

1 Wahlalter senken

2

3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, das Wahlalter bei
4 allen Wahlen auf 14 Jahre herabzusetzen. Außerdem fordern wir eine massive
5 Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen
6 insbesondere auch auf Landes- und Bundesebene.

7

8 Politische Bildung in Schleswig-Holstein stärken

9 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein setzen sich dafür ein, dass das
10 Unterrichtsfach Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I verpflichtend ab der
11 Jahrgangsstufe 7 an allen Schulen unterrichtet wird. Zudem müssen Inhalte der
12 Politischen Bildung verstärkt Einzug in den Unterricht erhalten ab der fünften
13 Jahrgangsstufe. Wir sehen auch die große Bedeutung des Faches Geographie an den
14 Schulen, besonders im Kontext der Klimakrise. Das Fach mit seinem methodischen
15 Schnittpunkt zwischen den Natur- und Sozialwissenschaften leistet einen
16 wichtigen Beitrag zur Bildung von Schüler*innen auf dem Weg in eine
17 klimagerechte Gesellschaft. Beim Vermitteln von Politischer Bildung sollten auch
18 andere Fächer, insbesondere die Geisteswissenschaften, einen höheren Stellenwert
19 erfahren.

20

21

22

23

24 Darüber hinaus beauftragt die Landesdelegiertenkonferenz die
25 Landesarbeitsgemeinschaft Bildung zusammen mit Expert*innen auf dem Fachgebiet
26 zu erarbeiten, wie die politische Bildung an Schulen in Schleswig-Holstein und
27 die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften verbessert werden können. Dabei soll
28 auch die Verzahnung der gesellschaftlichen Fächer hinsichtlich der politischen
29 Bildung thematisiert werden.

30 Außerdem beauftragt die Landesdelegiertenkonferenz die Landesarbeitsgemeinschaft
31 Demokratie und Recht, sich mit verschiedenen Mitbestimmungsmöglichkeiten für
32 Kinder und Jugendliche auseinanderzusetzen.

Begründung

Die Bildungsministerin hat das Jahr 2019 zum Jahr der politischen Bildung ausgerufen. In der nun anstehenden Oberstufenreform wird es beim Wi/Po Unterricht in einigen Profilen mehr Wahlmöglichkeiten geben zwischen Geografie und Wi/Po. Gleichzeitig sehen wir es als wichtig an, gerade im Jahr der politischen Bildung und auch danach das zentrale Unterrichtsfach Wi/Po zu stärken. Das ist gerade in Zeiten von erstarkendem Rechtsextremismus ein wichtiges Zeichen. Unser Ziel ist eine Aufwertung des Wi/Po Unterrichts in der Sekundarstufe I, um mindestens 6 Jahreswochenstunden ab der 7. Klasse zu erreichen.

Gleichzeitig ist der Wi/Po-Unterricht nicht das einzige Fach, in dem politische Bildung betrieben wird. Auch andere Fächer, und auch die Beteiligungsstrukturen für Schüler*innen an den Schulen, sind dafür relevant. Mit dem Auftrag an die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung erhoffen wir uns Ideen für eine verbesserte Vernetzung der Fächer bei der politischen Bildung und für eine noch stärkere Einbeziehung der Schüler*innen in schulische Entscheidungen, um die Demokratiebildung zu intensivieren. Dabei soll auch die Ausbildung der Lehrkräfte thematisiert werden.